



23. Juni 2016 | Akademie der Wissenschaften Mainz

Effektiver Hochwasserschutz durch Eigenvorsorge: Achtes Hochwasser-Forum diskutiert in Mainz Maßnahmen gegen Hochwasserrisiken

Angesichts der teils heftigen Unwetter mit Starkregen im Mai und Juni dieses Jahres, bekam das achte Forum zur EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie besondere Bedeutung. So überraschte es nicht, dass gut 150 Interessierte der Einladung des Landesamtes für Umwelt Rheinland-Pfalz (LfU), des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaats Sachsen (LfULG) und des Fachgebiets Wasserbau und Wasserwirtschaft der TU Kaiserslautern nach Mainz gefolgt waren. Die Veranstaltungsreihe wurde von den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen getragen.



Die neuen Hochwasserrisikomanagementpläne für hochwassergefährliche Gewässer wurden Anfang des Jahres fertig gestellt. Sie benennen die Risiken sowie die Ziele und Maßnahmentypen, die zur Reduzierung der Hochwasserrisiken aufgenommen wurden. In den Vorträgen standen daher auch folgende Fragen vor allem im Mittelpunkt: Was ist gut gelaufen und was weniger gut? Was kann überhaupt umgesetzt werden?

Wetterextreme nehmen zu

Staatssekretär Dr. Griese vom rheinland-pfälzischen

Umweltministerium und Präsident Dr. Hill vom Landesamt für Umwelt Rheinland-Pfalz wiesen in ihren Begrüßungsreden darauf hin, dass die extremen Wetterlagen der letzten Zeit auch in Zukunft durch die fortschreitende globale Erwärmung vermehrt auftreten werden. Insbesondere nehme das Gewitterpotential weiter zu. Jede Klimaschutzmaßnahme sei damit auch eine Hochwasserschutzmaßnahme. Staatssekretär Dr. Griese machte in seinem Grußwort deutlich, dass es keine Maßnahme gibt, mit der Hochwasser verhindert werden kann und betonte, wie wichtig deshalb die Hochwasservorsorge sei. Das Land selbst habe in den letzten 20 Jahren rund eine Milliarde Euro in den Hochwasserschutz investiert. Neben technischen und baulichen Maßnahmen sei es entscheidend, die Menschen zu informieren und ein Hochwasserbewusstsein zu schaffen. Hochwasservorsorge sei eine Gemeinschaftsaufgabe des Landes, der Kommunen und der betroffenen Menschen. Ein modernes Hochwasserrisikomanagement reiche deshalb von Evakuierungsplanungen über die Sicherstellung der öffentlichen Versorgung bis hin zu privaten Vorsorgemaßnahmen wie der Elementarschadenversicherung.



Die Vertreter von potentiell gefährdeten Rheinkommunen, Frau Beigeordnete Eder aus Mainz und Herrn Bürgermeister Hütten aus Andernach, zeigten in ihren Vorträgen auf, welche Auswirkungen die Hochwassergefahr konkret auf alltägliche Planungen der Kommunen haben. Bürgermeister Hütten wies auf die Bedeutung der Hochwassernotgemeinschaften (HWNG) hin. Wichtig sei es, den Hochwasserschutz als Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen und das Bewusstsein bei jeder Bürgerin und jedem Bürger für die eigene Vorsorge zu schaffen. Niemand dürfe sich in Sicherheit wiegen, nur weil es in den letzten beiden Jahrzehnten keine größeren Hochwasser am Rhein gegeben habe.

Hochwasservorsorge ist Gemeinschaftsaufgabe



Die verstärkten Anstrengungen bei der Vermeidung von Hochwasserschäden am Rhein stellte Frau Dr. Schulte-Wülwer-Leidig von der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) vor. Die Aktionspläne der Kommunen sollten eine Minderung der Risiken zum Ziel haben. Genauso wichtig sei es aber auch, die Hochwasserstände zu mindern. Dank der über 20jährigen internationalen Zusammenarbeit von Hochwasserexperten im Rahmen der IKSR stütze sich der Hochwasserrisikomanagementplan für die internationale Flussgebietseinheit Rhein auf konkrete Maßnahmen mit grenzüberschreitenden und überregionalen Wirkungen. Am Rhein seien bereits viele Schutzmaßnahmen umgesetzt.

In weiteren Fachvorträgen wurde die Erstellung der Hochwasserrisikomanagementpläne in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz vorgestellt. Hierbei wurden bei teils unterschiedlicher Herangehensweise einige Gemeinsamkeiten ersichtlich. Zum einen ist ein Hochwasserrisikomanagement nur effektiv, wenn alle Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten. Zum anderen müssen

die Kommunen auch ein Interesse haben, entsprechend in hochwasserfreien Zeiten vorzusorgen. Die Länder unterstützen hierbei die Kommunen finanziell – jedoch muss die Bereitschaft vor Ort für Schutz- und Vorsorgemaßnahmen gegeben sein. Hochwasserpartnerschaften können hier ein sinnvolles Instrument darstellen, wie es sie bereits in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gegründet wurden. Neben dem Erfahrungsaustausch dienen diese dem Aufbau von Netzwerken und der Informationsvermittlung.

Eigenvorsorge und private Absicherung wichtig

Das Starkregenereignis im Moscheltal (Donnersbergkreis) im Jahr 2014 stand im Mittelpunkt des Vortrags von Frau Hässler-Kiefhaber. Bei dem Ereignis wurden Regenmengen von bis zu 150 mm innerhalb von drei Stunden gemessen. Massive Sturzfluten verursachten in 14 Orten Schäden von 10 Mio. Euro. Frau Hässler-Kiefhaber berichtete von dem Pilotprojekt des Landes Rheinland-Pfalz, das sie vor Ort mit den betroffenen Bürgern begleitete. Erfahrungen aus dem Ereignis wurden analysiert und bewertet und gemeinsam Maßnahmen entwickelt, um künftig auf solche Ereignisse besser vorbereitet zu sein. Gleichwohl zeigte sich während dem Pilotprojekt, dass alle erarbeiteten Maßnahmen nicht ausreichend sind, grundsätzlich die Hochwassergefahr bei Starkregen zu bannen. Bauliche Maßnahmen können zwar vereinzelt sinnvolle Abhilfe schaffen, dennoch sollten vor allem die Anlieger ihre Grundstücksnutzungen der Gefahr anpassen und sich möglichst gegen Elementarschäden versichern.



In den weiteren Beiträgen wurde ein beispielhaftes Projekt zur Eigenvorsorge der Sparkasse Rosenheim – Bad Aibling vorgestellt sowie das neue Hochwasser-Informations- und Managementsystem in Sachsen und die Möglichkeiten der Finanzierung von Hochwasserschutz-Maßnahmen.



Am Ende konnten sich die meisten Zuhörer sicherlich dem Plädoyer von Prof. Dr. Jüpner von der TU Kaiserslautern anschließen: Das Hochwasserrisikomanagement bleibe eine kontinuierliche Daueraufgabe. Diese Aufgabe der Bundesländern werde jedoch nicht kleiner, im Gegenteil. Da die Siedlungsentwicklung auch in hochwassergefährdenden Bereichen weiter zunehme und diese hochwertig ausgeführt werde, steige auch das Hochwasserrisiko. Eingefordert wurden von Prof. Jüpner daher vermehrte Forschungsprogramme und entsprechende Fördermittel auf Bundesebene. Der angemessene Umgang mit Starkregenereignissen sei dabei künftig genauso zu berücksichtigen, wie die Auswirkungen des Klimawandels und des demografischen Wandels. Auch die Hochwasserrisikokommunikation sei auszubauen. Eine weitere Daueraufgabe bleibt die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Eigenvorsorge - denn das nächste Hochwasser kommt bestimmt.



© Landesamt für Umwelt